

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Börsengang der Deutschen Bahn AG verhindern

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Bundesrat eine Initiative einzubringen, um den seitens des Bahnvorstandes beabsichtigten Börsengang der Deutschen Bahn AG zu verhindern.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Bereits im September 2007 beantragte die Fraktion der NPD im Schweriner Landtag, die Landesregierung möge sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür stark machen, dass die Deutsche Bahn AG nicht privatisiert werden möge.

Die Richtigkeit dieser Forderung zeigt sich nunmehr nach der weltweiten Finanzkrise deutlich. Das hoch spekulative Börsenparkett kann nicht der richtige Ort sein, von dem aus die Interessen der Bürger hinsichtlich ihrer Mobilität vertreten werden.

Der Skandal um die Zahlung von Bahn-Boni zeigt zudem den korruptionsverdächtigen Charakter dieser Privatisierungsaktion. Es hat den Anschein, als ob hier durch die Zahlung solcher Boni an Vorstände mit Wissen der Bundesregierung einer staatlich geförderten Korruption Vorschub geleistet werden soll.

Da das Land Mecklenburg-Vorpommern, allein schon bedingt durch die geringe Besiedlungsdichte von einer Bahnstruktur, die nur auf Gewinn ausgerichtet ist, bereits jetzt und in Zukunft noch größeren Schaden erleiden wird, ist eine Bundesratsinitiative aus landespolitischen Gründen zwingend geboten.